



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Juni 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

B 69 Realisierung eines Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz, Luzern Nord; Entwurf Dekret über einen Sonderkredit / Finanzdepartement

Die Botschaft B 69, die Anfrage A 455 von Daniel Keller über das kantonale Verwaltungsgebäude in Emmen und die Anzahl der Arbeitsplätze, die Anfrage A 474 von Dieter Haller über mögliche Auswirkungen von Homeoffice-Plätzen auf das kantonale Verwaltungsgebäude in Emmen, die Anfrage A 505 von Josef Wyss über coronabedingte Veränderung der Arbeitsmodelle und deren Auswirkung auf das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz, die Anfrage A 531 von Pius Müller über muss die Volksabstimmung zum Bau eines kantonalen Verwaltungsgebäudes mit 1300 Büroarbeitsplätzen am Seetalplatz sistiert werden?, das Postulat P 517 von Meta Lehmann über Photovoltaikmodule an der Fassade des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz und die Anfrage A 563 von Armin Hartmann über den Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald an den Seetalplatz und Sursee als zweites Zentrum des Kantons werden als Paket behandelt.

Weitere Voten sind im Protokoll der [Anfrage A 531](#) und der [Anfrage A 563](#) zu finden.

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsident Pius Kaufmann.

Pius Kaufmann: Die VBK hat die Botschaft B 69 an ihren Sitzungen vom 23. April 2021 (Information) sowie vom 21. Mai 2021 beraten. Mit dem Sonderkredit für die Realisierung eines Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz beraten wir ein sehr grosses und wichtiges Projekt für den Kanton Luzern. Das Projekt umfasst einen Kredit in der Höhe von 177,4 Millionen Franken für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes für rund 1450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung. Die Kommission beurteilt das Projekt als grosse Chance für den ganzen Kanton, der damit eine absolut zeitgemässe Verwaltung erhält. Das vorgesehene moderne Arbeitskonzept setzt allerdings einen Kulturwandel voraus, der unabhängig vom Bauprojekt entsprechende Anstrengungen benötigt. Das Bauprojekt ist zweckmässig und erfüllt die kantonalen Standards. Wichtig ist der Kommission, dass die Aussenumgebung mikroklimatisch positiv und naturnah erstellt wird und einen möglichst hohen Anteil an unversiegelten Flächen aufweist. Weiter erwartet die VBK, dass das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz für die Besucherinnen und Besucher mit allen Mobilitätsformen und auch explizit mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) erreichbar ist. Es braucht deshalb eine Mindestanzahl an Besucherinnen- und Besucherparkplätzen am Standort oder in unmittelbarer Umgebung. Die Kommission begrüsst zudem das vorgesehene Konzept, ein Angebot an Coworking-Arbeitsplätzen in den Regionen Seetal, Sursee, Willisau und Entlebuch zu schaffen. Auch wenn dieses Konzept nicht Bestandteil der Botschaft bildet, muss es mit einem hohen Mass an Verbindlichkeit parallel dazu aufgegleist werden. Es bildet eine

wertvolle dezentrale Ergänzung zum Synergiegewinn der neu zentral zusammengeführten Verwaltung. Diese Punkte wurden in der VBK mittels Protokolleinträgen festgehalten und werden im weiteren Verlauf der Planung in der Kommission rapportiert. Dieses Vorgehen wurde gewählt, weil bei der Detailberatung 15 Anträge für weitere Ziffern vorlagen. Auf das Dekret wurde einstimmig eingetreten. Die Kommission stimmte dem Dekret mit 12 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu. Es wird mit Fraktionssprechern gearbeitet. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen. Zum Schluss danke ich dem zuständigen Regierungsrat, Reto Wyss, dem Kantonsbaumeister, René Schmid, und dem Gesamtprojektleiter, Franz Müller, für die kompetente Begleitung und Unterstützung bei der Beratung dieses Geschäftes.

Für die SVP-Fraktion spricht Franz Gisler.

Franz Gisler: Mit der Botschaft B 69 soll ein Jahrhundertprojekt mit der Realisierung eines Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz verwirklicht werden. 1450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen in einem Gebäude zusammengezogen werden. Der Sonderkredit von 177,4 Millionen Franken soll einen Synergiegewinn von 9 Millionen Franken auslösen. Die SVP als Wirtschaftspartei steht voll und ganz hinter diesem ehrgeizigen Projekt. Gewisse Stolpersteine werden dieses Projekt begleiten. In letzter Zeit sind auf dem Weltmarkt die Rohstoffpreise explodiert. Ob da die 177,4 Millionen Franken ausreichen, wird sich zeigen. Eine Herausforderung wird es sein, die frei werdenden kantonalen Gebäude zu vermieten. Leerstände müssen unbedingt vermieden werden. Die SVP hat in der Kommission die Regierung auf die fehlenden Parkplätze für die Besucher aufmerksam gemacht. Wir glauben der Regierung, wenn sie sagt, dass in der näheren Umgebung des Verwaltungsgebäudes genügend Parkplätze zur Verfügung stünden. Mitarbeiter von ihrem gewohnten Arbeitsplatz und ihrer gewohnten Umgebung in ein Grossraumbüro zu kriegen, wird viel Überzeugungsarbeit von den Verantwortlichen abverlangen. Ob es sinnvoll ist, die Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) von der Centralstrasse 33 in Sursee abzuziehen, wagen wir zu bezweifeln. Nach unserer Meinung gehört die Lawa auf die Landschaft. Nach unserem Wissen handelt es sich hier um ein altes Versprechen, welches der Landschaft genau das zugestanden hat. Dass im sechsten bis neunten Obergeschoss 17 moderne 2,5- bis 4,5-Zimmer-Wohnungen realisiert werden, nehmen wir zur Kenntnis. Wie anfangs erwähnt steht die SVP hinter diesem zeitgemässen Projekt und wird der Vorlage zustimmen.

Für die CVP-Fraktion spricht Josef Wyss.

Josef Wyss: Die CVP sieht eine grosse Chance in diesem Projekt, denn es ist die Basis für ein grosses Effizienzsteigerungsprogramm der kantonalen Verwaltung. Diese Effizienzsteigerung passiert nicht einfach so, sondern das ist ein Prozess. Neben der neuen Infrastruktur braucht es neue Abläufe, neue Arbeitsweisen, schlussendlich eine neue Unternehmenskultur. Ein Change-Prozess kombiniert mit einer neuen Infrastruktur ist die grosse Herausforderung und wird auch die kantonale Verwaltung grundlegend reformieren, und das ist auch gut so. Wir behandeln heute die Umsetzungsbotschaft, das Dekret dieses Projektes. Dabei müssen wir uns unserer Flughöhe bewusst sein. Wir setzen die Leitplanken für dieses Projekt. Vieles ist geklärt wie die Grunddaten, die groben Mengengerüste, die Bauphilosophie, die Arbeitskonzepte, alles, was die Investitionskosten, die Betriebskosten und die Einsparungen massgeblich beeinflusst. Aber es gibt auch noch viele Punkte, die in der Umsetzung noch genau geprüft und geplant werden müssen: welchen Farbton die Fassade effektiv hat, wo ein Blumenbeet gepflanzt wird, welches Solarpanel noch montiert wird oder wie der Veloständer konzipiert wird. Das alles ist zwar wichtig, es gilt hier jedoch nicht dies zu entscheiden. Das wäre die falsche Flughöhe. Im September 2016 haben wir die Planungsbotschaft in diesem Rat verabschiedet. Dabei hatte ich folgende drei Forderungen für die nächste Projektphase: Erstens: Der Flächenbedarf pro Arbeitsplatz muss reduziert werden und soll sich am privatwirtschaftlichen Benchmark orientieren. Zweitens: Neue Arbeitsplatzmodelle wie Work Smart oder Open Space sollen geprüft und im Projekt eingeplant werden. Drittens: Das Potenzial der Synergien in den Prozessen und Abläufen muss deutlich besser ausgeschöpft werden. Dabei sollen die Methoden des Lean

Managements zum Tragen kommen. Ich bin der Meinung, dass diese Forderungen zu einem grossen Teil erfüllt worden sind respektive sich in die richtige Richtung entwickeln. Ich vermisse immer noch das klare Bekenntnis zum Lean Management, obwohl gewisse Ansätze in der Work-Smart-Philosophie umgesetzt werden. Dieses Projekt realisieren wir für die Zukunft in einer Welt, die einem ständigen Wandel unterworfen ist. Das heisst für mich, dass wir auf veränderte Rahmenbedingungen bei der Projektierung und Realisierung eingehen müssen. Deshalb auch unsere Forderung, dass es heute noch nicht in Stein gemeisselt ist, wer schlussendlich in dieses Gebäude kommen wird und wer nicht. Es gibt einen Plan, welcher bei veränderten Rahmenbedingungen überdacht werden muss. Die Auflistung auf Seite 6 der Botschaft ist für mich keinesfalls abschliessend. Beispielsweise finde ich es deshalb gut und richtig, dass nun die Lawa auch ins Verwaltungsgebäude integriert wird. Vielleicht kommt man zur Erkenntnis, dass noch weitere Dienststellen am Seetalplatz sein sollten. Platzreserven hätte es noch genügend. Zum Stichwort Platzreserven: Grundsätzlich erscheinen mir die 3500 Quadratmeter Platzreserven etwas sehr hoch. In Anbetracht der guten Lage des Standortes erachte ich es aber trotzdem als richtig, die maximale Ausnützung des Perimeters zu vollziehen. Die Flächen sollten gut und auch gewinnbringend zu vermieten sein, selbstverständlich nicht an die Verwaltung, sondern an Dritte aus Wirtschaft und Gewerbe. Was mir am ganzen Konzept gut gefällt, sind die Hubs mit den Coworking-Arbeitsplätzen. Einerseits werden die Regionen eingebunden, und andererseits werden diese Hubs einen wichtigen Beitrag zur Effizienzsteigerung leisten. Diese Investitionen sind zwar nicht Bestandteil dieser Botschaft, müssen aber zwingend in allen Regionen parallel zum Projekt realisiert werden. Nur das Anstreben von solchen regionalen Hubs reicht nicht. Es braucht ein klares Bekenntnis dazu. Generell überzeugt mich das Projekt aus fünf Gründen. Erstens: Die Opportunität des Standortes Seetalplatz kann optimal genutzt werden. Zweitens: Architektonisch haben wir mit den Baumaterialien Holz und Beton eine gute Lösung. Die Ausgewogenheit der Materialien scheint mir gegeben. Ein zusätzlicher Einsatz von Holz hätte unverhältnismässig hohe Zusatzkosten zur Folge. Aus diesem Grund lehnen wir auch den Antrag von Hasan Candan ab. Drittens: Das Betriebskonzept überzeugt, wenn es konsequent umgesetzt wird. Viertens: Energetisch wird das ein Vorzeigeprojekt werden. Minergie-P sowie der Standard «Nachhaltiges Bauen Schweiz» sind geplant, eigentlich alles, was Meta Lehmann in ihrem Postulat fordert. Man könnte somit das Postulat auch wegen Erfüllung ablehnen. Sie können jedoch stimmen, was Sie wollen. Auf die Realisierung hat es keinen Einfluss, weil es sowieso gemacht wird. Fünftens: Mit einer gewissen Einschränkung überzeugt auch die Mobilität. Diesbezüglich ist es für uns wichtig, dass das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz für die Besucher mit allen Mobilitätsformen zugänglich wird, explizit auch mit dem MIV. Es braucht eine Mindestanzahl an Besucherparkplätzen am Standort oder in unmittelbarer Umgebung. Zusammenfassend: Dieses Projekt ist eine einmalige Chance. Setzen wir der Regierung die richtigen Rahmenbedingungen und die richtigen Leitplanken. Lassen wir der Regierung bei der Umsetzung aber auch einen gewissen Handlungsspielraum. Wenn wir heute dieser Botschaft zustimmen, werden wir die wichtige Aufgabe haben, die Bevölkerung für dieses Projekt zu gewinnen. Das gelingt nur, wenn wir glaubhaft aufzeigen können, welcher Nutzen dadurch generiert werden kann.

Für die FDP-Fraktion spricht Sabine Wermelinger.

Sabine Wermelinger: Die FDP-Fraktion tritt auf die Botschaft B 69 ein und stimmt ihr zu. Wir sind überzeugt, dass mit dem vorliegenden Projekt ein zeitgemässer, effizienter und kundenorientierter Verwaltungsbetrieb geschaffen werden kann und die Bevölkerung mit der zentralen Anlaufstelle gewinnt. Die FDP unterstützt eine verdichtete Raumnutzung und begrüsst es, dass die vorgesehene Parzelle gemäss Bebauungsplan maximal ausgenutzt und die Flächennutzung optimiert wird. Mit Beginn der Corona-Pandemie und vermehrtem Homeoffice kam die Frage auf, ob das Verwaltungsgebäude auch unter diesen Aspekten noch wie geplant gebaut werden soll. Wir meinen: jetzt erst recht. Mit der heute weit verstreuten Verwaltung in Stadt und Agglomeration sind die Voraussetzungen für einen zeitgemässen und effizienten Verwaltungsbetrieb schlecht. 80 Prozent der benötigten

Büroflächen werden vom Kanton in Mietliegenschaften zugemietet. Mit einem vermehrten Homeoffice-Betrieb sind die mit Steuergeldern zugemieteten Büroflächen zudem schlechter ausgelastet. Das müssen wir ändern. Mit dem neuen Open-Space-Bürokonzept wird die Bürofläche besser ausgenutzt. Das geplante Gebäudekonzept am Seetalplatz ist anpassungsfähig. Die Verwaltung kann die Fläche bei Bedarf reduzieren oder auch erweitern. Der Kanton kann rund 5 Millionen Franken Miet- und Betriebskosten einsparen und 4 Millionen Franken Synergiegewinne erreichen. Zudem werden begehrte Mietobjekte an attraktiver Zentrums- und Lage für Wohn- oder Büroziecke wieder frei. Mit der Unterzeichnung der Work-Smart-Charta hat unsere Regierung den Schritt zu neuen Arbeitsformen gemacht. Es kann von verschiedenen Orten aus gearbeitet werden, namentlich auch aus dem Homeoffice. Das entspricht auch der Forderung der FDP im Postulat P 275 betreffend Smart Working. Damit lassen sich Mobilitätsspitzen brechen, und den Arbeitnehmenden verbleiben dank dem Wegfall der Arbeitswege mehr Freizeit und auch eine grössere Flexibilität, welche auf dem Markt gefragt ist und grundsätzlich geschätzt wird. Heute ist auch schon das Stichwort Fachkräftemangel gefallen. Das Bürokonzept Open-Space-Office wird für viele Mitarbeitenden eine nicht unwesentliche Umstellung bedeuten und erfordert eine entsprechende Offenheit und ein Loslösen von alten Gewohnheiten. Wir regen an, dass die Mitarbeitenden möglichst frühzeitig in den Prozess involviert und auch angehört werden. Mit der Möglichkeit zu vermehrtem Homeoffice und Arbeiten in Coworking-Spaces setzt der Kanton Luzern vorbildlich ein Zeichen, um die Stadt und Agglomeration vom Verkehr zu entlasten und zugleich die Landschaft zu stärken. Wie die VBK begrüsst auch die FDP die Realisierung der erwähnten Hubs oder Coworking-Spaces in den verschiedenen Luzerner Regionen und geht davon aus, dass dieses Konzept ebenfalls verwirklicht wird. Damit gewinnen Stadt und Land. Aus regionalpolitischer Sicht scheint es auf den ersten Blick bedauerlich, dass Sursee die Lawa an den Seetalplatz verlieren soll. Aber für die Bevölkerung im ganzen Kanton ist es ein Gewinn, wenn die verschiedenen Dienststellen des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes (BUWD) unter dem gleichen Dach vereint sind. Das Verwaltungsgebäude am Seetalplatz zentralisiert die Verwaltung. Aber mit den neuen Arbeitsformen und insbesondere mit den geforderten Coworking-Spaces in den verschiedenen Regionen gewinnt die Landschaft insgesamt wieder mehr dazu, und das ist wichtig und wird auch Sursee wieder zugute kommen. Das Verwaltungsgebäude hält sich an den Bebauungsplan und die Planungsgrundlagen von Luzern Nord. Es ist nur eine beschränkte Anzahl an Parkplätzen auf der Parzelle möglich. Nicht allen Nutzern und Besuchern des Gebäudes bieten sich gleich gute Möglichkeiten, mit dem Velo oder dem öV anzureisen, und das muss entsprechend Beachtung finden. Die FDP unterstützt die Forderung der VBK betreffend Erreichbarkeit durch den motorisierten Individualverkehr. Weitere Parkplätze in der Umgebung müssen im Laufe der weiteren Projektbearbeitung sichergestellt werden. Das Verwaltungsgebäude erfüllt die Anforderungen von Minergie-P-Eco und des Standards «Nachhaltiges Bauen Schweiz Gold». 4000 Kubikmeter Rundholz sollen für das neue Verwaltungsgebäude verbaut werden, das ist preislich so eingerechnet. Nebst den 7 Millionen Franken Mehrkosten, welche die Ausführung des Blockrandes im Holzverbund verursachen würde, gilt es auch noch das architektonische Leitbild des Stadtzentrums Luzern Nord zu beachten, welches fordert, dass die Fassaden im gesamten Planungsgebiet einen hohen geschlossenen Anteil aufweisen sollen, der mineralisch/steinern auszuführen ist. Die FDP lehnt den Antrag von Hasan Candan betreffend Ausführung im Holzverbund ab. Der Antrag gehört eigentlich gar nicht hierher. Der Kantonsrat hat über die Zustimmung zum Projekt und den Betrag des Sonderkredites zu befinden. Es bestehen noch andere Forderungen an die Fassade betreffend Photovoltaik, welche wir bei Traktandum 17 behandeln werden. In ihrem Postulat P 23 hat die FDP darauf hingewiesen, dass bezüglich der Herausforderungen des Klimas die Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers und auch die des Kantons gefragt sind und es der Sache dienlich ist, wenn der Kanton eine Leuchtturmfunktion einnimmt. Mit dem geplanten Verwaltungsgebäude am Seetalplatz entsteht jetzt ein Leuchtturmprojekt. Damit nimmt der Kanton seine Eigenverantwortung wahr und zugleich eine Vorbildfunktion ein – ganz im Sinn

der FDP. Mit der Realisierung des zentralen Verwaltungsgebäudes in Emmen und den parallel dazu erstellten Coworking-Arbeitsplätzen in den Regionen erhält der Kanton Luzern eine grosse Chance, um im ganzen Kanton Gewinnerinnen und Gewinner zu schaffen. Sagen wir Ja zu diesem Leuchtturmprojekt.

Für die SP-Fraktion spricht Peter Fässler.

Peter Fässler: Luzern bewegt sich vorwärts. Luzern investiert in seine Zukunft. Luzern wird zentral. Luzern wird modern. Luzern wird attraktiv – mit dem neuen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz in Emmenbrücke. Die Erwartungen sind gross, die Ansprüche ebenfalls, diejenigen der Regierung, der Parteien, der Mitarbeitenden des Kantons, der Bevölkerung, der Wirtschaft, kurz gesagt: eine grosse Kiste für uns alle. Dieses Projekt startet gerade im richtigen Moment. Die Auswirkungen von Corona auf die Bevölkerung und die Wirtschaft sind noch nicht ausgestanden. Da setzen solche Projekte positive Zeichen für die Zukunft und für eine wiedereinkommende Normalität, aber auch für den Willen zur Veränderung von bestehenden Strukturen. Die SP-Fraktion begrüsst diesen Schritt in eine neue kantonale zentral gelegene Verwaltungszukunft für die fast 1500 Mitarbeitenden am Entwicklungsschwerpunkt Luzern Nord mit einer modernen, energiefreundlichen und zweckdienlichen Infrastruktur sowie kurzen Kommunikationswegen zwischen den einzelnen Dienststellen und Abteilungen. Das bekommt hoffentlich nebst den Mitarbeitenden auch die Kundschaft der kantonalen Verwaltung zu spüren, nämlich die Bevölkerung mit ihren Anliegen, ihren Wünschen, ihren Ansprüchen und Forderungen und ihrer Schuldigkeit gegenüber der Verwaltung. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Stufen der kantonalen Verwaltung, die heute dezentral verstreut in der Stadt und auf dem Land arbeiten, wird dies eine grosse Herausforderung werden. Da das Gebäude zentral gelegen ist und mit öV und Langsamverkehr gut erschlossen ist und wird, dürften die veränderten Arbeitswege noch das kleinste Problem darstellen. Doch wie geht die Verwaltung mit dem Zusammenführen, wenn nicht sogar Zusammenprallen von verschiedenen Unternehmenskulturen der einzelnen Dienststellen um? Wie akzeptieren die Mitarbeitenden die neuen räumlichen Infrastrukturen und allenfalls die neuen Arbeitsinstrumente? Sind sie bereit für einen Wissenstransfer zwischen den einzelnen Abteilungen? Und auch wichtig: Sind die heutigen Arbeitsabläufe von den heute dezentralen Dienststellen noch zeitgemäss? Passen sie noch in die neue Gebäudehülle? Passen sie noch zu den Ansprüchen der Bevölkerung des Kantons und zu den Ansprüchen der Mitarbeitenden? Hier eröffnen sich grosse Chancen für eine neue Arbeitskultur innerhalb der Verwaltung, aber auch für die Aussenwahrnehmung der Verwaltung. Diese Chance entsteht nicht von selbst. Sie muss sorgfältig geplant, kommuniziert, begleitet und allenfalls ständig an die Bedürfnisse aller Betroffenen angepasst werden. Corona hat das schon jetzt klar aufgezeigt, dass das Arbeitsleben viel flexibler gestaltet werden muss. Nur so ergeben sich die prognostizierten Einsparungen und Synergiegewinne; Mietzinseinsparungen sind nur ein Teil davon. Nur so wird sich ein attraktives Arbeitgeberbild des Kantons Luzern entwickeln können. Und nur so werden sich die unvermeidlichen Widerstände gegen solche Projekte innerhalb und ausserhalb der Verwaltung minimieren lassen. Die Schaffung von regionalen Coworking-Hubs für Mitarbeitende und Bürgerinnen und Bürger erachten wir als sinnvoll und wichtig und einen Schritt zu einer breiten Akzeptanz dieses Vorhabens. Ein entsprechender Antrag dazu wurde in der VBK gutgeheissen. Der Bevölkerung, die über den Kredit von über 177 Millionen Franken abstimmt, muss der Mehrwert dieser Investition deutlich aufgezeigt werden. Ihr ganz konkreter persönlicher Nutzen muss ersichtlich sein. Sie muss spüren können, dass der Gang aufs Amt wieder attraktiv, einfacher oder im besten Fall durch veränderte Abläufe und Informatiklösungen überflüssig wird. Grundsätzlich müssen der Bürgerinnen- und Bürgernutzen überprüft und die Infrastruktur muss an die neuen Bedürfnisse angepasst werden. Auf die Bedenken der Stimmbürger gegenüber diesem Projekt muss sorgfältig eingegangen werden. Fragen bei einem so umfassenden Projekt bleiben immer im Raum. Für uns sind dies Fragen einerseits zur Umgebungsgestaltung des Gebäudes und des Seetalplatzes allgemein. Die wenige Natur, die zwischen den Verkehrswegen und Bauten bleibt, muss möglichst naturnah und mikroklimatisch positiv

gestaltet und unversiegelt sein. Unser entsprechender Antrag in der VBK wurde gutgeheissen. Parkflächen für den motorisierten Individualverkehr sollen zugunsten des Langsamverkehrs minim bleiben. Die Zuführung des Langsamverkehrs (Fussvolk und Velofahrende) muss attraktiver, das heisst einfacher werden. Es ist uns ein Anliegen, dass ein zusammenhängender Lebensraum über die verschiedenen Baufelder am Seetalplatz geplant und erstellt wird. Zum Gebäude andererseits: Die geplante Kita im Verwaltungsgebäude muss ein Bestandteil des Projektes sein. Dies erleichtert den Angestellten des Kantons den Zugang und das Verbleiben im Arbeitsmarkt zentral. Es stellt auch eine Attraktivität des Arbeitsgebers Kanton Luzern dar. Unser entsprechender Antrag in der VBK wurde leider abgelehnt. Die Ausgestaltung der Innen- und Aussenräume muss sorgfältig geplant werden, damit am Seetalplatz ein wirklich attraktiver Arbeits-, Freizeit- und Lebensraum entstehen kann. Wir fragen uns auch, was den Regierungsrat davon abhält, seine Arbeitsplätze auch im neuen Verwaltungsgebäude einzurichten und den Mitarbeitenden sowie dem Bürger Nähe zur Verwaltung zu signalisieren, und natürlich kommt auch die Diskussion über den Standort der Gerichte bei diesem Projekt aufs Tapet. Die SP-Fraktion wird auf dieses Geschäft eintreten und ihm zustimmen.

Für die G/JG-Fraktion spricht Judith Schmutz.

Judith Schmutz: Die Grünen und Jungen Grünen treten auf die Botschaft zur Realisierung des neuen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz ein. Grundsätzlich sind wir gegenüber dem Projekt positiv gestimmt. Es geht um ein Leuchtturmprojekt, welches die Vorbildrolle des Kantons Luzern leben und vorzeigen muss. Wir begrüssen die Einarbeitung der Corona- und Homeoffice-Auswirkungen und -Learnings für die Mitarbeitenden, das geplante zeitgemässe Open-Space-Konzept, das öV-fokussierte Mobilitätskonzept und auch die Prüfung einer Photovoltaikanlage an den Fassaden. Gleichzeitig verlangen wir verbindliche Bekenntnisse, dass ein vorbildliches Verwaltungsgebäude erstellt wird. Es geht hier um ein Projekt, welches die nächsten 50 bis 100 Jahre stehen soll. Für die Grünen und Jungen Grünen ist es zentral, dass das Projekt die Vorreiterrolle des Kantons illustriert, was auch bedeutet, dass man über gängige Standards hinausgehen muss und nicht weiterbaut wie jetzt. Wir haben in der Kommission verschiedene Anträge auf neue Ziffern gestellt, um das Projekt wirklich zu einer Vorreiterrolle zu machen. Dies war dringend nötig, da es um eine einmalige Chance geht, die wir nützen müssen. Für uns ist es zentral, dass die Aussenumgebung rund um das Verwaltungsgebäude möglichst unversiegelt und mikroklimatisch sinnvoll gestaltet wird. Der Lebensraum muss zusammenhängend geplant werden. Da das Verwaltungsgebäude gemäss Botschaft auch zum Verweilen einladen soll, muss die Umgebung auch demensprechend gestaltet sein. Wir sind erfreut, dass diesem Anliegen vom Regierungsrat im Rahmen des Möglichen so zugestimmt wurde, auch wenn die Gestaltungsmöglichkeiten aufgrund der Vorgaben von Trottoirs beschränkt sind. Der Forderung, dass das Verwaltungsgebäude explizit auch mit dem MIV erreichbar sein muss, stehen wir kritisch gegenüber. Uns ist es bewusst, dass ein kantonales Verwaltungsgebäude für die gesamte Bevölkerung im Kanton Luzern erreichbar sein muss und dass es deswegen auch Parkplätze braucht. Dass deswegen von der Kommission aber eine gewisse Mindestanzahl an Parkplätzen gefordert wird, obwohl der Bahnhof in wenigen Minuten zu Fuss erreichbar ist und ein Verwaltungsgebäude nie besser mit dem öV erreichbar sein wird wie jenes am Seetalplatz, ist für uns unverständlich. Parkplätze sollen explizit für jene offen sein, für welche der öV nicht zumutbar ist oder welche aufgrund des Berufes auf das Auto angewiesen sind. Alle anderen sollen auf den öV umsteigen. Auch hier geht es wieder um die Vorreiterrolle des Kantons, welcher eine Umstellung des MIV auf den öV anstreben muss, um die Ziele des Klimaberichtes und die Klimaziele zu erreichen. Die Kommunikation spielt bei den Parkplätzen eine wichtige Rolle, und die Anfahrtssituation muss auf jeden Fall für die gesamte Bevölkerung transparent und nachvollziehbar sein. Dies gilt schlussendlich auch für die Abstimmung, damit das Projekt von der Luzerner Bevölkerung gutgeheissen wird. Wir unterstützen die Möglichkeit von Coworking-Spaces in den verschiedenen Regionen des Kantons, sodass auch weiterhin dezentrale Arbeitsplätze ausserhalb des Verwaltungsgebäudes vorhanden sind. Grundsätzlich ist das Ziel eines zentralen

Verwaltungsgebäudes, dass die Verwaltung an einem Ort zentral arbeitet. Aussenhubs machen trotzdem je nach Situation Sinn, da so die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern gewahrt oder auch auf weite Arbeitswege verzichtet werden kann. In die gleiche Richtung zielt auch die Anfrage A 563. Neben der Zentralisierung begrüßen wir es, dass es für bestimmte Dienststellen die Möglichkeit gibt, dass in dezentralen Aussenhubs gearbeitet werden kann. So kann das flexible Arbeiten gefördert werden, ohne dass kantonale Arbeitsplätze verloren gehen. Zum Antrag der SP, dass die Ausführung des Blockrandes im Holzverbund erfolgen soll: Inhaltlich stimmen wir diesem Antrag zu. Wir müssen jetzt die Chance packen, um möglichst klimaneutral zu bauen. Nachwachsende Rohstoffe eignen sich sehr gut dafür. Gleichzeitig hat die Mehrheit der Kommission aber entschieden, dass wir keine Anträge auf neue Ziffern stellen, und wir haben uns auf die Lösung geeinigt, die der Kommissionspräsident in seinem Votum schon erläutert hat. Wir werden dem Antrag aus politischer Überzeugung zustimmen. An dieser Stelle muss ich noch etwas Grundsätzliches zur Mitarbeit der Kommission beim vorliegenden Dekret loswerden: Das Dekret zum neuen Verwaltungsgebäude im jetzigen Stadium wurde uns als Fachkommission sozusagen fixfertig vorgelegt. Wir wurden informiert, hatten noch die Möglichkeit, Fragen zu stellen, und danach sollten wir dem Projekt zustimmen. Im Sinn eines partizipativen Demokratieverständnisses muss die zuständige Kommission jedoch die Möglichkeit haben, gerade ein Jahrhundertprojekt wie das Verwaltungsgebäude mit Anträgen oder wenigstens mit Bemerkungen zu ergänzen. Dass wir faktisch die Möglichkeit hätten, Anträge auf neue Ziffern zu stellen, ist nett, schlussendlich dann aber doch nicht zielführend und die falsche Flughöhe, da das Volk über eine bereinigte Vorlage sollte abstimmen können. Gerade die Fachkommission muss die Möglichkeit haben, ein vorgelegtes Projekt mit Verbesserungsvorschlägen anzupassen. In der Kommission konnten wir zum Glück einen Weg finden, wie wir aus dieser ungünstigen Lage herauskommen konnten, aber ganz zufriedenstellend ist diese Lösung nicht. Ich komme zum Fazit bezüglich des Dekrets zur Realisierung des neuen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz: Die G/JG-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen das Projekt, aber es braucht auf jeden Fall noch Anpassungen. Wir haben grössere Visionen für ein Verwaltungsgebäude für den Kanton Luzern. Wir treten auf die Botschaft ein, aber enthalten uns bei der Schlussabstimmung mehrheitlich der Stimme, da das Projekt, wie es jetzt auf dem Papier steht, nicht mit einer Vorreiterrolle im Einklang steht, wie wir sie uns vorgestellt haben. Zum Schluss danken wir allen zuständigen Personen für die Beratung dieses Geschäftes.

Für die GLP-Fraktion spricht András Özvegyi.

András Özvegyi: Das vorliegende Projekt eines neuen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz wird von der GLP-Fraktion ausdrücklich begrüsst. Es ist mit 170 Millionen Franken ein grosses Projekt, aber ebenso gross ist die Chance für den Kanton Luzern, nach dem Corona-Stillstand in eine Aufbruchstimmung überzugehen. Das neue, moderne, flexible und nachhaltige Verwaltungsgebäude kann für einen Aufbruch ein bleibendes, starkes Symbol werden, wie man den Kanton Luzern sehen kann – eben modern, flexibel, zeitgemäss, und ein attraktiver Arbeitgeber soll er für junge, neue Fachkräfte sein, an denen ein grosser Mangel herrscht. Es soll anziehend wirken. Diese Chance gilt es zu nutzen. Auch die Vorbildfunktion des Kantons Luzern für die Klimafrage ist aktuell nötiger denn je und mit diesem Bauvorhaben zum idealen Zeitpunkt möglich. Es trifft sich ideal, dass wir gerade jetzt ein solches Gebäude realisieren können. Es passt auch zum GLP-Ziel, dass ab dem Jahr 2025 jedes Gebäude ein Kraftwerk sein müsste. Beginnen wir als Kanton selber mit den neuen, grossen Gebäuden am Seetalplatz, das kann in der Region viel bewirken – wir haben es gehört: ein Leuchtturmprojekt. Die GLP-Fraktion begrüsst diverse Punkte bei diesem Projekt. Der erste Punkt ist, dass der Seetalplatz belebt und entwickelt wird. Man kann es ausnützen, dass der Platz bezüglich Mobilität sehr gut erschlossen ist und eine sehr gute Lage hat, und zwar für alle erdenklichen Verkehrsarten. Wir finden auch grossen Gefallen daran, dass die getätigten Investitionen in die Infrastruktur ausgenützt werden können. Grossen Gefallen finden wir selbstverständlich auch an der Absicht, in der Verwaltung die Arbeitskultur in Richtung Effizienz und flexibles Arbeiten in zeitlicher und örtlicher Hinsicht zu

bringen. Wir freuen uns auch über den ausgewiesenen Synergiegewinn von jährlich 9 Millionen Franken für den Kanton Luzern und über die damit verbundenen frei werdenden Räume von über 38 000 Quadratmetern im Hauptort und der Agglomeration. Das ist eine Chance für neue KMU, Büros oder auch Wohnungen. Da bekommt die Wirtschaftsförderung eine schöne Aufgabe, diese Räume bald zu vermitteln und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Wir möchten zwei Bemerkungen für den weiteren Prozess mitgeben: Erstens: Ein Thema sind die 370 Veloparkplätze, die wohl nicht ausreichen. Bei Überbauungen geht oft vergessen, genügend Veloparkplätze bereitzustellen. Es ist zu bedenken, dass heute schon Mitarbeitende und auch Besucher von weit her mit dem E-Bike kommen und es deshalb unbedingt genügend Abstellplätze für Velos braucht, eventuell auch in Zukunft flexibel erweiterbare. Zweitens: Es findet gerade eine enorme Entwicklung im Hochbau mit dem Building Information Modeling (BIM) statt. Nur beim Baugesuch muss wohl noch auf eine digitale Abgabe verzichtet werden, und die Unterlagen müssen wohl noch überall in Papierform hingesendet werden. Da könnte der Kanton doch auch endlich einen Schritt vorwärts machen. Die GLP-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Regierungsrat für den sorgfältigen und transparenten Bericht sowie für die Beantwortung der vielen in der Kommission eingereichten Fragen. Für die GLP-Fraktion ist das Projekt wie gesagt eine Riesenchance für den Kanton Luzern. Wir sind für Eintreten und werden der Vorlage zustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich bedanke mich für die Eintretensvoten der Fraktionen und werde auf einige Aspekte eingehen. Zuerst einmal ganz grundsätzlich: Auch aus Sicht der Regierung ist natürlich das Verwaltungsgebäude am Seetalplatz insbesondere eine grosse Chance, einerseits als zentrale Anlaufstelle für unsere Bevölkerung, dann als zeitgemässe Arbeitsplatzinfrastruktur. Wir kommen damit den Anforderungen an einen Arbeitsplatz der Zukunft nach. Weiter darf man sagen, dass das Gebäude auch aus wirtschaftlicher Sicht eine Chance ist. Die ursprünglich geforderten monetären Synergiegewinne werden mit jährlich 9 Millionen Franken massgeblich übertroffen. Zudem ist es ganz bestimmt auch eine Chance für das Gebiet Seetalplatz. Wir sind überzeugt, dass insbesondere auch private Investoren dieses Gebiet mit weiteren Projekten stark forcieren und attraktivieren werden. Ich komme nun zu einigen Stichworten von Ihnen: Sehr häufig genannt wurde der Wunsch nach Arbeitsplätzen in den Regionen in den sogenannten Hubs. Da rennen Sie offene Türen ein. Bei uns ist das unbestritten, und wir werden das entsprechend angehen. Dieses Bekenntnis habe ich bereits in der Kommission abgegeben. Wir sehen hier auch Chancen in verschiedener Hinsicht, insbesondere können wir damit die Arbeitsplätze in den Regionen erhalten, und das ist bekanntlich ein breit abgestütztes Thema. Zur Thematik Lawa: Da sind wir klar der Ansicht, dass der Synergiegewinn mit den Dienststellen des BUWD und die Chance, sich am selben Ort gegenseitig austauschen und absprechen zu können, ganz wichtige Punkte sind und wir das mit diesem Vorgehen ermöglichen wollen. Der ganz grosse Teil der heute genutzten Flächen sind zugemietete Flächen, die nicht im Besitz des Kantons sind. Sie müssen sich also bezüglich der Vermietbarkeit der bestehenden Flächen keine Sorgen machen. Dass es bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Prozess braucht, ist anerkannt, und wir sind bereits seit einiger Zeit daran, den notwendigen Mentalitätswechsel vorzubereiten und zu begleiten, und wir werden das sicher noch einige Zeit weiterführen können und wollen. Die Erreichbarkeit wurde angesprochen: Der Seetalplatz ist bestens erreichbar für sämtliche Formen der Mobilität. In der Umgebung gibt es genügend Parkplätze, die realisiert werden, und auch heute stellt die kantonale Verwaltung den Besucherinnen und Besuchern keine explizit reservierten Parkplätze zur Verfügung. Eigentlich kann man sagen, die Istsituation wird diesbezüglich sicher nicht verschlechtert. Die Kita ist unbestritten. Bei so vielen Arbeitsplätzen an einem Ort und bei diesem Volumen ist diese im Sinn der Arbeitgeberattraktivität sicher ein berechtigtes Anliegen, und das werden wir umsetzen. Wir haben auch die Voten in der VBK bezüglich der Optimierung aufgenommen und werden versuchen, eine gute Lösung umzusetzen. Das Projekt definiert bezüglich Standards an Gebäudetechnik und Energie die aktuell

modernsten Vorgaben, und das wurde bereits im Wettbewerb so definiert. Sie dürfen darauf vertrauen, dass wir ein sehr zeitgemässes Projekt umsetzen werden. Ich möchte mich zum Abschluss bei der VBK für die gute, intensive Diskussion und die vielen Fragen, die Sie gestellt haben, ausdrücklich bedanken. Ich glaube, wir konnten eine gute Diskussion führen, und ich möchte insbesondere dem Präsidium unter Pius Kaufmann für die umsichtige Leitung der Diskussion ganz herzlich danken. Ich bitte Sie, auf diese Vorlage einzutreten und dem Projekt zuzustimmen. Es ist eine grosse Chance.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Candan Hasan zu Ziffer 2 (neu): Die Ausführung des Blockrandes erfolgt im Holzverbund.

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsident Pius Kaufmann.

Pius Kaufmann: Dieser Antrag lag der VBK vor, er wurde dann aber zugunsten eines ähnlich lautenden Antrags zurückgezogen. Ich habe in meinem Eintretensvotum gesagt, dass wir den Grundsatzbeschluss gefasst haben, keine ergänzenden Ziffern zu überweisen. Wir haben nur drei Anträge überwiesen, die wir als Protokollbemerkungen festhalten liessen und dann auf unsere Pendenzenliste setzen werden. Dieser Antrag lag vor, wurde aber nicht behandelt.

Hasan Candan: Es ist zwar jetzt schon etwa eine halbe Stunde her, seit der Regierungspräsident im Eintretensvotum die Vorzüge des Projektes am Seetalplatz hervorgehoben hat. Es kamen immer weitere dazu, ich habe jedoch vergeblich auf die Vorzüge des ökologischen und Klima-nachhaltigen Bauens gewartet. Es ist leider so, dass das Projekt in diesem Bereich noch Verbesserungspotenzial aufweist, insbesondere auch bei der Bauweise, gerade was die Verwendung von Holz angeht. Unser Rat hat sich vertieft mit diesem Thema beschäftigt. Es wurden Vorstösse dazu überwiesen, und wir haben heute Morgen beschlossen, zwei Postulate nicht abzuschreiben: das Postulat P 36 von Daniel Piazza und Mit. über die CO₂-Kompensation im Luzerner Wald zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudeparks für den Kanton Luzern und das Postulat P 34 von Ruedi Amrein und Mit. über die Ausführung eines erheblichen Teils der kantonalen Hochbauinvestitionen in Holz. Bei diesem massiven Gebäude haben wir nun von anfänglich vernachlässigbaren 1000 Kubikmetern auf 4000 Kubikmeter erhöht. Das ist nicht sehr viel, wenn wir das mit anderen Gebäuden vergleichen und wenn wir wirklich eine Vorbildrolle im Bau mit Luzerner Holz einnehmen wollen. Deshalb ist diese Ergänzung sehr wichtig. Wir haben verschiedene Umwelt- und Klimaziele, die wir erreichen möchten. Wir können nicht immer mit dem Finger auf andere zeigen und bei dieser einmaligen Chance, selber etwas tun zu können, darauf verzichten. Die Regierung erwähnt in ihrem Bericht Mehrkosten, aber sie erwähnt das in keinem anderen Bereich. In vielen anderen Bereichen wie der Möblierung hatte sie wahrscheinlich auch mehrere Offerten, aber diese wurden im Bericht nicht aufgeführt. Ich finde es etwas schwach, wenn man das bei den 170 Millionen Franken noch so ausweisen muss. Ich bin mir sicher, dass eine Holzbauweise mit den 170 Millionen Franken möglich ist. Ich habe keinen Antrag für eine Erhöhung gestellt. Mit dieser Ergänzung sollte ein Holzverbund möglich sein, und ich danke Ihnen, wenn Sie diese richtungsweisende klimapolitische Ergänzung bei diesem Projekt unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Beschaffung und Realisierung des zentralen Verwaltungsgebäudes wurde im Rahmen eines Gesamtleistungswettbewerbs öffentlich ausgeschrieben. Wir haben entsprechende Definitionen gemacht und ein Angebot mit den Vorgaben zur Umsetzung erhalten. Darin wurde ebenfalls definiert, wie die Tragkonstruktion umgesetzt werden soll. Es liegt diesbezüglich ein klar definiertes Projekt mit einem verbindlichen Pauschalangebot vor. Wir haben im Rahmen der Projektüberarbeitung das Anliegen Holzbau aufgenommen und entschieden, das zentrale Hofgebäude innerhalb des Blockrandes, das die Haupterschliessung aller fünf Obergeschosse sicherstellt, zusätzlich in Holzbau auszuführen und damit den Holzverbrauch entsprechend optimiert. Wir haben ebenfalls geprüft, was die Auswirkungen für diesen Blockrand wären, also das Dreieck um das zentrale Hofgebäude,

und sind zum Schluss gekommen, dass die Ausführung im Holzverbund, also in Hybridbauweise, für diese Tragkonstruktion schlicht und einfach mit 7 Millionen Franken Mehrkosten verbunden ist. Es kann nicht sein, dass man jetzt einfach sagt, das werde schon innerhalb der bestehenden Kosten umgesetzt werden können. Wenn man das will, müsste man die Bereitschaft haben, einen entsprechenden Antrag zu stellen, den Sonderkredit um 7 Millionen Franken zu erhöhen. Alles andere ist nicht korrekt. Es kann nicht sein, dass wir sämtliche Reserven in diesem Projekt bereits platzieren und bereits finanziell auf den Felgen in dieses Projekt starten. Wir sind überzeugt, dass Kosten und Nutzen gut und vertretbar sind, so wie das Projekt hier vorliegt. Wir wollen auch bezüglich Synergien einen wirtschaftlichen Nutzen, das war auch eine Forderung. Ich bitte Sie darum, diesen Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 82 zu 28 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für die Realisierung eines Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz, Luzern Nord, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 104 zu 1 Stimme zu.